



Bozen, 22. Juli 2026

Presseausendung

16 zu 16: Im Landtag keine Mehrheit für Mütterrente

Der Antrag zur Prüfung verschiedener Modelle zur Rentenabsicherung und Erziehungszeiten hat mit 16 Ja- zu 16 Nein-Stimmen äußerst knapp keine Mehrheit gefunden. Während die gesamte Opposition den Antrag von Andreas Leiter Reber unterstützte, stimmten sämtliche Regierungsvertreter dagegen.

"Unsere Landesregierung, die bei einem Rekordhaushalt von über 11 Milliarden Euro noch nicht mal berechnen will, was eine autonome Rentenabsicherung für Erziehungsjahre kosten würde, hat heute ihre ganze Armseligkeit gezeigt", urteilt Leiter Reber.

„Wer Rom auffordert, die Rentenlücken von Frauen zu schließen, muss wenigstens selbst bereit sein, alle Optionen zu prüfen und die eigenen finanziellen Spielräume zu berechnen“, so der Freie Abgeordnete. Das Argument der Landesregierung, dass nicht das Land, sondern das staatliche INPS für die Rente zuständig sei, bezeichnet Leiter Reber als peinlichen Versuch, sich aus der Verantwortung zu stehlen. „Das Land hat mit dem INPS ein Abkommen zur Unterstützung von niedrigen Seniorenrenten abgeschlossen. Eine solche Landesfinanzierung muss auch für Mütter bzw. zur Absicherung der Elternzeit auf den Weg gebracht werden“, schließt Leiter Reber.

Unterstützung erhielt der Vorstoß auch vom Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbund (ASGB).